

Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1978)
Heft: 2

Rubrik: Thronrede S.D. Fürst Franz Josef II. zur Eröffnung des
Liechtensteinischen Landtages

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

THRONREDE S.D.FÜRST FRANZ JOSEF II. ZUR ERÖFFNUNG DES LIECHTENSTEINISCHEN LANDTAGES.

Mit der traditionellen Thronrede hat S.D. Fürst Franz Josef II. von Liechtenstein am 21. April 1978 die Amtsperiode des am 2. Februar dieses Jahres neu-gewählten, liechtensteinischen Landtages eröffnet. Der Landesfürst widmete seine Eröffnungsansprache die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen, Fragen der Steuergerechtigkeit, der Wirtschaft und den staatlichen Finanzen:

"Wenn auch ein Jahr im Leben des Landes scheinbar meist genau dem vor- oder nachgehenden gleicht, im Unterschied zum Leben des einzelnen Menschen, so bringt doch jedes neue Jahr neue Probleme oder treibt vertagte Fragen aus früheren Jahren einer Entscheidung zu.

Seit Jahren spricht man in allen Ländern viel von der sozialen Gerechtigkeit. Dies trifft auch für unser Land zu. Wir müssen dabei berücksichtigen, dass sich die Voraussetzungen des gesellschaftlichen Lebens ändern. Daher müssen wir immer wieder fragen, ob Formen und Gegebenheiten, welche ihre Gültigkeit hatten, noch weiter bestehen sollen.

Ein Komplex, der im Lande mit diesen Fragen zu tun hat, ist die Steuergerechtigkeit. In den anderen Industriestaaten, zum Unterschied von Liechtenstein, gibt es fast überall die allgemeine Einkommenssteuer.

Wir kennen im Lande noch die sogenannte Erwerbssteuer, doch wird seit einiger Zeit studiert, wie man die Art der Besteuerung ändern könnte. Ich möchte klarstellen, dass ich nicht für eine generelle Steuererhöhung spreche, sondern nur für eine Steuergerechtigkeit, indem man von der Erwerbssteuer abgeht und die allgemeine Einkommenssteuer einführt.

Steuergerechtigkeit bedeutet für die Zukunft ein gesundes und ruhiges soziales Klima, welches wieder notwendig ist für die normale Arbeit in Industrie und Gewerbe.

Wenn ich gegen allgemeine Steuererhöhungen gesprochen habe, so deshalb, weil sie nicht notwendig sind und wir nicht dem für das Land unzutreffenden Schlagworte anhängen dürfen, durch übertrieben hohe Besteuerung der grossen Einkommen einen Einkommensausgleich zu schaffen.

Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass das Land kaum Standortvorteile für unsere Industrie bietet. Standortvor-

teile wären die niederen Steuern und das sozial und politisch ruhige Klima. Demgegenüber stehen grosse Standortnachteile wie Mangel an Arbeitskräften, vor allem an spezifisch ausgebildeten sowie das Fehlen einer Universität.

Dann im weiteren, dass Liechtenstein zu finanzschwach ist als kleines Land, um Exporte durch Garantien abzusichern oder überhaupt die Industrie zu subventionieren, welche ja bei uns bis zu 95 Prozent exportorientiert ist. Sicher ist es auch ein Nachteil, dass Liechtenstein in der Welt wenig bekannt



S.D. Fürst Franz Joseff II.
beim Verlesen der Thron-
rede.

ist. Es muss daher, wenn es notwendig ist, um Industrien im Land zu halten, eben ihrem Wunsche bezüglich hochqualifizierter Arbeitskräfte entgegengekommen werden.

Es darf nicht vorkommen, dass zuständige leitende Kräfte unserer Industrien sich gezwungen sehen, die Entwicklung ins Ausland zu verlegen, weil es unmöglich ist, die Erlaubnis zu erhalten, die notwendigen Kräfte aus Oesterreich oder Deutschland zu bekommen. Der Schweizer Arbeitsmarkt ist in dieser Beziehung ziemlich ausgetrocknet.

Die niederen Steuern, dank der wir Industrie und Gewerbe fördern konnten, verdanken wir unserem Dienstleistungswesen, welcher Sektor in seiner Grösse mitbedingt ist durch unser Gesellschaftswesen. Wir müssen danach trachten, uns dieses zu erhalten. Dies setzt aber voraus, dass das Gesellschaftswesen in geordnete Bahnen geführt wird. Die auf dieses Ziel gerichteten Gedanken, welche bereits in der letzten Zeit formuliert wurden, sind gut und brauchbar und werden so schnell wie möglich gesetzgeberisch verarbeitet werden müssen.

Wir müssen verhindern, dass Skandale vorkommen, welche den Dienstleistungssektor gefährden und den Ruf unseres Landes schwer schädi-

gen. Unser Land kann wohl Gesetze erlassen, welche Missbräuche vermeiden helfen, darüberhinaus gilt es jedoch auch für die in diesem Sektor Beschäftigten, einer erhöhten Sorgfaltspflicht zu genügen.

Gerade die Vorfälle, die vor einiger Zeit grosse Publizität verursachten, haben gezeigt, dass trotz bester Adressen und ausschliesslicher Aktivität im Ausland Missbräuche möglich sind und auf unser Land zurückfallen.

Wenn die Einnahmen aus dem Gesellschaftswesen fehlen würden, so ist der allgemeine hohe Lebensstandard bedroht. Dann hören sicher auch die bis jetzt reichlich nach allen Seiten verteilten Subventionen auf. Dies soll aber nicht heissen, dass nach meiner Meinung die Subventionen so überaus reichlich fliessen sollten wie bisher, gestreut nach allen Seiten.

Ich bin ja der Meinung, wie ich es bereits voriges Jahr bei der Landtagseröffnung sagte, dass, solange die Staatseinnahmen den jetzigen Umfang haben, der Staat sich Reserven anlegen soll, wie es in den letzten Jahren erfolgt ist.

Liechtenstein darf nicht wie in einer Fabel, die ich las, so leben wie die Eintagsfliege.

Sollten die staatlichen Einnahmen zurückgehen, kann ein Uebergang dann ruhig und besser durchgeführt werden.

Ich schliesse nun meine Rede mit dem Wunsche, dass Gottes Segen den neugewählten Landtag und die Neubestellte Regierung in besonderer Weise begleiten möge in ihrer Arbeit in den kommenden vier Jahren."

Der neue liechtensteinische Landtag.

VU-Fraktion: Dr. Karlheinz Ritter /Landtagspräsident
 Alfons Schädler
 Dr. Franz Beck
 Dr. Wolfgang Feger
 Georg Gstöhl
 Franz Meier
 Hermann Hassler
 Werner Gstöhl

FBP-Fraktion: Dr. Gerard Batliner /Landtagsvizepräsident
 Dr. Peter Marxer
 Hilmar Ospelt

Noldi Frommelt
 Josef Biedermann
 Dr. Ernst Büchel
 Armin Meier

Finanzkommission:

Dr. Karlheinz Ritter (Präsident)
 Dr. Franz Beck
 Werner Gstöhl
 Dr. Ernst Büchel
 Noldi Frommelt

Geschäftsprüfungs- kommission:

Dr. Wolfgang Feger (Präsident)
 Franz Meier
 Hilmar Ospelt

BERICHT ÜBER DIE AUSHEBUNG IN BUCHS.

(Bericht des Kreiskommandos St. Gallen)

In der Zeit vom 14. - 21. April 1978 wurden die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1959 aus dem Bezirk Werdenberg, den Gemeinden Bad Ragaz und Pfäfers und dem Fürstentum Liechtenstein ausgehoben. Ueber den vom Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein organisierten "obligatorischen Orientierungsabend" für die in Liechtenstein wohnhaften Stellungspflichtigen, haben wir in unserm Mitteilungsblatt 1/1978 ausführlich berichtet. Dieser Anlass fand 21. Februar 1978 in der "Linde" in Schaan statt.

Mit der Einteilung zu einer Waffengattung sind für die zukünftigen Wehrmänner die Weichen zur militärischen Tätigkeit der nächsten 30 Jahre gestellt.

Wenn im Rahmen des Bedarfs unserer Armee auch nicht jeder Wunschvorstellung der Stellungspflichtigen entsprochen werden konnte, sind wir überzeugt, dass die zukünftigen Wehrmänner gewillt und in der Lage sind, die ihnen übertragene Aufgabe im Dienste unseres Landes zu erfüllen.

Die Ergebnisse der sportlichen Leistungsprüfung sind unterschiedlich von ungenügend bis sehr gut ausgefallen.